

Sozialbericht 2019 : Beim Leistungsbezug in Offenbach im Berichtsjahr 2019 weiterhin positive Entwicklungen zu verzeichnen



© [pixabay/pexels.com](https://pixabay.com/)

Das Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration hat den Sozialbericht 2019 für die Stadt Offenbach vorgelegt. Er enthält Informationen und Daten zur Arbeitslosigkeit, zur Beschäftigung und insbesondere aus den sozialen Sicherungssystemen nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) II und XII. Auch Daten zu den Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden im Bericht dargestellt.

Besondere Themenschwerpunkte sind Leistungen für Bildung und Teilhabe, Kinderarmut und Wohnungslosigkeit. Berichtet wird über den Sachstand zum Ende des Jahres 2019 und über die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren. Insgesamt, so Sozialdezernentin Sabine Groß, zeige der Sozialbericht eine günstige Entwicklung in der Stadt mit deutlich rückläufigen Zahlen bei den Leistungsberechtigten im Jobcenter im Jahr 2019, aber auch in den Jahren davor. Allerdings habe Offenbach in Hessen noch einen vergleichsweise hohen Problemdruck bei Arbeitslosigkeit und Armut. Deshalb seien weitere Anstrengungen zur Bekämpfung von Armut und Erwerbslosigkeit erforderlich. Durch die aktuelle Corona-Pandemie sei zudem damit zu rechnen, dass die Zahlen von Menschen, die auf Sozialleistungen der Stadt angewiesen sind wieder ansteigen. „Wir wissen noch nicht, wo diese Entwicklung hinführen wird. Wir müssen und werden jedoch alles tun, um die sozialen Auswirkungen der Krise zu

mildern und auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen gute Lebenschancen für alle Menschen in unserer Stadt zu ermöglichen,“ schreibt Groß in ihrem Vorwort zum Bericht.

Ende 2019 lebten 139.849 Menschen in Offenbach, 1,1 Prozent mehr als am Vorjahresende. Der Ausländeranteil ist im letzten Jahr weiter auf 39,2 Prozent gestiegen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Offenbach als Wohnort stieg von September 2018 bis 2019 um 3,7 Prozent auf 56.054. Gleichzeitig sank die Arbeitslosenquote von 8,9 auf 8,2 Prozent.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II gingen die Zahlen trotz des Bevölkerungswachstums erneut deutlich zurück. Wie in den Vorjahren war die Entwicklung auch im Vorjahr erkennbar günstiger als in den übrigen hessischen Großstädten (vgl. Abbildung).

Ende 2019 wurden in Offenbach 6.914 Bedarfsgemeinschaften mit 15.209 Personen gezählt. Die SGB-II-Quote, die den Anteil aller Leistungsberechtigten im SGB II an der Bevölkerung unter 65 Jahre misst, lag mit 12,9 Prozent auf dem niedrigsten Wert seit Einführung des SGB II im Jahr 2005. Besonders ausgeprägt war der Rückgang bei den nichtdeutschen Leistungsberechtigten. Die Zahl von Kindern und Jugendlichen, deren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch Leistungen des SGB II abgesichert wird, ist um 382 Personen auf 5.855 gesunken. Ihr Anteil an der Altersgruppe ist in Offenbach, wo es mit 43,6 Prozent einen gegenüber dem Durchschnitt Hessens (38,6 Prozent) besonders hohen Anteil von Familien mit Kindern unter den Leistungsberechtigten gibt, aber nach wie vor hoch: 23,5 Prozent der rund 20.750 unter 15 Jahre alten Kinder sind im SGB-II-Bezug.

Der Anteil der sogenannten „Ergänzer“, also derjenigen, die Leistungen aus dem SGB II ergänzend zu einem Erwerbseinkommen beziehen, liegt bei 28,1 Prozent aller Leistungsberechtigten.

Eine Betrachtung der Entwicklung auf der Ebene der statistischen Bezirke zeigt, dass die SGB-II-Quote besonders in der Innenstadt überdurchschnittlich hoch bleibt, dort in den Bezirken Mathildenschule, Wilhelmschule und Hochschule für Gestaltung. Allerdings habe sich, wie die beiden Autoren des Berichts, Ralf Theisen und Matthias Schulze-Böing erläutern, in den letzten Jahren das Gefälle zwischen den Innenstadtbezirken und den übrigen Bezirken der Stadt leicht eingeebnet, die Problemkonzentration im Innenstadtbereich habe also etwas abgenommen. „Wir messen das mit dem sogenannten Segregationsindex, der die Ungleichverteilung von Faktoren innerhalb eines Stadtgebiets misst,“ erklärt Theisen das Vorgehen der Rathausexperten. Dieser sei von 12,8 im Jahr 2021 auf 11,3 im letzten Jahr zurückgegangen.

Im Bereich des Sozialgesetzbuches XII, das neben der Sozialhilfe vor allem die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit abdeckt, stieg die Zahl der Leistungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen dagegen wie in den Vorjahren weiter leicht an. Zum Jahresende 2019 waren es 3.873 Personen in 3.599 Bedarfsgemeinschaften. Knapp vier Fünftel der Bedarfsgemeinschaften erhielten nach Kap. 4 SGB XII Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Vor allem im Leistungsbereich der Grundsicherung wegen Erwerbsminderung, der Hilfen zum Lebensunterhalt (Kap. 3 SGB XII) und der Hilfen in besonderen Lebenssituationen (Kap. 6 bis 7 SGB XII) gab es einen Anstieg bei der Zahl der Leistungsberechtigten.

Bei der Wohnungs- und Obdachlosigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr der Bedarf nach Unterkünften bei den meisten der hier dargelegten Unterkunftsarten in der Summe erhöht. Bei der Zentralen Vermittlung von Unterkünften, über die die meisten

Notfallübernachtungen vermittelt werden, stieg die Zahl auf über 200 Tausend im Jahr 2019 an. Im Monatsdurchschnitt mussten 550 Leistungsberechtigte aus den Leistungsbereichen des SGB II, SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes vorübergehend in Notunterkünften untergebracht werden.

Der aktuelle Sozialbericht zum Download: www.offenbach.de/sozialbericht

